

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/004(IV)/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag,  17.12.2004	Neues Rathaus Konferenzraum I	15:00Uhr	18:00Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften Verwaltungsausschuss  
29. 10. 2004, 12. 11. 2004 und 30. 11. 04
- 4 Beschlussvorlagen
  - 4.1 Langfristige Zukunftssicherung der FEZM GmbH  
Vorlage: DS0820/04  
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und Regionale Zusammenarbeit
  - 4.2 Übertragung von Kinderbetreuungseinrichtungen in freie  
Trägerschaft  
Kolping Bildungswerk gGmbH  
Vorlage: DS0807/04  
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

- 4.3 Übertragung von Kinderbetreuungseinrichtungen in freie Trägerschaft  
Arbeiterwohlfahrt  
Vorlage: DS0795/04  
  
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 4.4 Übertragung von Kinderbetreuungseinrichtungen in freie Trägerschaft  
Förderverein Kindertagesstätte Am Salbker See  
Vorlage: DS0808/04  
  
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 4.5 Beteiligungsbericht 2004  
Vorlage: DS0830/04  
  
BE: Bürgermeister
- 5 Informationen
- 5.1 Städtische Gesellschaften - Steuerrecht - Liquidität - Insolvenz  
Vorlage: I0359/04  
  
BE: Bürgermeister
- 5.2 Kurzbericht zum Stand der PwM per 30. September 2004  
Vorlage: I0321/04  
  
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und allgemeine Verwaltung
- 5.3 Gemeinsames Projekt mit Magdeburger Unternehmen zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes  
Vorlage: I0401/04
- 6 Verschiedenes

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Ergänzung zur Tagesordnung:

Die heutige Tagesordnung wird um

TOP 5.3 – I0401/04 – Gemeinsames Projekt mit Magdeburger Unternehmen zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes –

ergänzt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der ergänzten Tagesordnung zu.

### 3. Genehmigung der Niederschriften Verwaltungsausschuss 29. 10. 2004, 12. 11. 2004 und 30. 11. 04

---

Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 29. 10. 2004

Auf Hinweis der Stadträtin Bork, PDS-Fraktion, wird auf Seite 11, TOP 7.1 Abs. 3 nachfolgende Änderung vorgenommen:

In der sich anschließenden Diskussion stellt Stadträtin Bork, PDS-Fraktion, inhaltlich Nachfragen und kritisiert, dass *die Geschäftsordnung hinsichtlich der Aufgaben der Ausschüsse Finanz- und Grundstücksverkehr, Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling sowie des Verwaltungsausschusses* nicht Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der so geänderten Niederschrift mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen zu.

Niederschrift der Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vom 12. 11. 2004

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Niederschrift mit 6 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen zu.

Niederschrift der Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vom 30. 11. 2004

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Niederschrift mit 6 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen zu.

#### 4. Beschlussvorlagen

---

##### 4.1. Langfristige Zukunftssicherung der FEZM GmbH Vorlage: DS0820/04

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit (Bg III) Herr Dr. Puchta teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache verweist der Beigeordnete III Herr Dr. Puchta darauf, dass die Stadt Magdeburg mit 25,2 % an der Gesellschaft FEZM, welche der Hochschule Magdeburg-Stendal angegliedert wurde, beteiligt ist. Auf Grund der erzielten wirtschaftlichen Ergebnisse der Gesellschaft hat es sich in den vergangenen Monaten gezeigt, dass zur Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft zwingender Handlungsbedarf besteht.

In seinen weiteren Ausführungen geht der Beigeordnete III erläuternd auf die in der Drucksache vorgelegten Lösungsvorschläge hinsichtlich Einnahmenerhöhung bzw. Kostenreduzierungen sowie Veränderungen in der Personalstruktur ein.

In der sich anschließenden Diskussion hinterfragt Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, ein evtl. bestehendes Risiko für die Stadt Magdeburg.

Hierzu legt der Beigeordnete III Herr Dr. Puchta dar, dass bei Eintreten einer Insolvenz der Gesellschaft für die Stadt Magdeburg als Mitgesellschafter ein entsprechendes Risiko besteht.

Ergänzend hierzu verweist der Oberbürgermeister auf die damalige Bereitschaftserklärung der Stadt, im Zuge der Gesellschaftsgründung Hilfestellung zu leisten. Hierfür wurde die Forderung gestellt, dass sich kein weiteres Risiko für die Stadt ergeben darf. Ergänzend verweist er auf den Imageschaden für die Stadt im Falle einer Insolvenz und auf die Folgeprobleme bei Bauten im Falle späterer Kreditaufnahmen.

Bezüglich der kritischen Anmerkungen von Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, dass die erforderlichen Änderungen des Gesellschaftsvertrages nicht eindeutig erkennbar dargestellt wurden, erläutert der Beigeordnete III, dass es sich hierbei um Änderungen hinsichtlich der Regelungen zur Akquirierung von Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung sowie der Verankerung der Prüfrechte für den Landesrechnungshof handelt.

Seitens Stadtrat Westphal, Bü 90/Die Grünen, wird der Hinweis gegeben, dass der als Anlage 2 beigefügte Bericht zur Prüfung des Jahresabschlusses 2003 nicht Gegenstand der Beschlussfassung sein kann.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass der Jahresabschluss 2003 in seiner gesonderten Drucksache zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Entsprechend des Hinweises von Stadtrat Westphal zum Beschlusspunkt c (Abberufung von Prof. Krause als Geschäftsführer) stimmt der Beigeordnete III der entsprechenden Änderung im Beschlussvorschlag der Drucksache zu (vor dem Wort „abberufen“ im 1. Satz Punkt c werden die Worte „als Geschäftsführer“ eingefügt).

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt unter Beachtung der redaktionellen Änderung im Punkt c mit 11 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0820/04 in seiner Sitzung am 13. 01. 2005 zu beschließen.

4.2. Übertragung von Kinderbetreuungseinrichtungen in freie  
Trägerschaft  
Kolping Bildungswerk gGmbH  
Vorlage: DS0807/04

---

Die Tagesordnungspunkte 4.2 bis 4.4. werden im Zusammenhang behandelt.

An diesen Tagesordnungspunkten nimmt Frau Mittendorf, pers. Referentin der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit, teil. Sie informiert, dass der Jugendhilfeausschuss die Drucksachen dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen hat.

In ihren Erläuterungen verweist sie im Zusammenhang mit der Beschlussfassung auf eine Reihe inhaltlicher Aspekte. Speziell bei den freien Trägern Arbeiterwohlfahrt und Kolping Bildungswerk wird hinsichtlich der Arbeitszeitproblematik davon ausgegangen, dass beide Träger tarifliche Regelungen vertraglich vereinbaren, um die entsprechenden Mitarbeiterinnen zu den gleichen bisher bestehenden Konditionen zu beschäftigen. Sie sieht hierin einen Anreiz für die Mitarbeiterinnen für einen Wechsel zu den freien Trägern.

Hinsichtlich der Beteiligung des Ausschusses Bildung, Schule und Sport (BSS) bei der DS0795/04 legt Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, das Erfordernis der Darstellung der räumlichen Umsetzung dar.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dass für den Ausschuss BSS eine entsprechende Information zur Darstellung der räumlichen Situation erarbeitet wird.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, verweist im Zusammenhang mit der DS0808/04 auf die geringe Auslastung der Einrichtung Salbker See und Überlegungen der Leitung dieser Einrichtung, hier evtl. freie Plätze bzw. Räume für eine anderweitige Nutzung anzubieten.

Hierzu wird durch den Oberbürgermeister dargelegt, dass derartige Überlegungen unter dem Aspekt der erfolgten Sanierungen und der Fördermittelproblematik von ihm nicht unterstützt werden können. Die Einrichtungsübertragungen müssen nunmehr im Stadtrat zum Abschluss gebracht werden. Er verweist auf ein diesbezügliches Gespräch mit der Beigeordneten V Frau Bröcker und informiert, dass hier in den nächsten drei Monaten eine Lösung erfolgt.

Stadtrat Meinecke, PDS-Fraktion, informiert, dass die Empfehlung des Jugendhilfeausschusses zur DS0808/04 unter dem Vorbehalt einer Entscheidung zur Kita-Einrichtung Alt Salbke 48 erfolgte.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, folgt der Argumentation des Oberbürgermeisters und weist darauf hin, dass hinsichtlich einer anderen Nutzung der Einrichtung zu prüfen ist, ob diese zu einer Rückzahlung gezahlter Fördermittel führt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen dem Stadtrat einstimmig, die DS0807/04 in seiner Sitzung am 13. 01. 2005 zu beschließen.

- 4.3. Übertragung von Kinderbetreuungseinrichtungen in freie Trägerschaft  
Arbeiterwohlfahrt  
Vorlage: DS0795/04
- 

siehe auch TOP 4.2

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0795/04 in seiner Sitzung am 13. 01. 2005 zu beschließen.

- 4.4. Übertragung von Kinderbetreuungseinrichtungen in freie Trägerschaft  
Förderverein Kindertagesstätte Am Salbker See  
Vorlage: DS0808/04
- 

siehe auch TOP 4.2

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt, unter Beachtung der vorbehaltlichen Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses, mit 9 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS808/04 in seiner Sitzung am 13. 01. 2005 zu beschließen.

4.5. Beteiligungsbericht 2004  
Vorlage: DS0830/04

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Czogalla teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache verweist der Bürgermeister darauf, dass der Beteiligungsbericht für das Jahr 2004 weitere Verbesserungen gegenüber den Vorjahren aufzeigt. Speziell verweist er auf die klare Gliederung, durch welche eine gute Darstellung der Unternehmenssituationen möglich ist. Eine Neuerung des Berichtes ist zudem das Einfügen der zahlenmäßigen Darstellung des vergangenen Jahres als Vergleichsbasis.

Nicht gelungen ist es jedoch, den Bericht mit dem Haushaltsplan 2005 vorzulegen, da sich hier zeitliche Probleme ergaben. Es gibt die Zielstellung, dies mit dem Beteiligungsbericht für das kommende Jahr zu ermöglichen. Als weiteren verbesserungswürdigen Punkt benennt der die durch den Gesetzgeber vorgegebene Forderung zur Darstellung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks der einzelnen Unternehmen und verweist darauf, dass hieran verstärkt gearbeitet wird.

Von Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, wird der Hinweis gegeben, dass eine Behandlung des Beteiligungsberichtes im Finanz- und Grundstücksausschuss am 05. 01. 2005 erfolgen wird.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, verweist auf den öffentlichen Charakter des Berichtes und kündigt für die Stadtratssitzung am 13. 01. 2005 zum Flugplatz einen entsprechenden Antrag seiner Fraktion an.

Seine Nachfrage hinsichtlich des öffentlichen Zwecks der Tochtergesellschaft Sport- und Surfclub der MVB wird von Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion als Mitglied des Aufsichtsrates der MVB umfassend beantwortet.

In seinen weiteren Ausführungen macht Stadtrat Brüning positive Anmerkungen zur Qualität und Aktualität des Beteiligungsberichtes. Hinsichtlich der Darstellung des öffentlichen Zwecks von Gesellschaften bringt er seine Auffassung zum Ausdruck, dass hieran verstärkt gearbeitet werden muss und benennt als Beispiel die Weihnachtsmarkt GmbH. Bezüglich der Flughafen-Gesellschaft verweist er auf einen Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und bittet den Oberbürgermeister, dass dieses Informationsmaterial den Fraktionen zur Verfügung gestellt wird.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass ihm persönlich dieses Material nicht bekannt sei, dieses jedoch bei Vorliegen den Fraktionen übergeben wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0830/04 in seiner Sitzung am 13. 01. 2005 zu beschließen.

## 5. Informationen

---

### 5.1. Städtische Gesellschaften - Steuerrecht - Liquidität - Insolvenz Vorlage: I0359/04

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Czogalla teil.

In seinen Ausführungen zur vorgelegten Information verweist der Bürgermeister auf den Beschluss des Stadtrates hinsichtlich der Prüfung der Einhaltung des § 123 der GO LSA. Insbesondere verweist er darauf, dass seitens des Rechtsamtes geprüft wurde, inwieweit dieser Beschluss umgesetzt werden kann. Das Prüfergebnis bildet den Inhalt der vorgelegten Information.

In seinen weiteren Ausführungen legt er dar, dass gem. § 123 GO LSA Städte und Kommunen verpflichtet sind, bei Gesellschaftsneugründungen ab dem Jahr 2001 die erforderliche Analyse vorzunehmen, welche als Entscheidungsgrundlage für Stadtrat und einer Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt dient.

Seit des In-Kraft-Tretens dieser gesetzlichen Regelung wurde in der Landeshauptstadt Magdeburg nur eine Gesellschaft – die Weihnachtsmarktgesellschaft – gegründet und hier die erforderliche Prüfung durchgeführt. Diese Prüfung stellt auch ein Erfordernis zum Erhalt der rechtlichen Sicherheit dar und wird bei jeder zukünftigen Neugründung vorgenommen.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass Hintergrund für den beschlossenen Antrag A0043/04 die gesellschaftliche Situation der MMKT war und hiermit eine solche Gefahr für andere Gesellschaften zukünftig vermieden werden sollte. Er legt dar, dass jedoch jede gesellschaftliche Situation einen Einzelfall darstellt, welcher durch das Steuerrecht und die Unternehmensstruktur begründet ist. Auf Grund der Kompliziertheit können nur Einzelfallprüfungen vorgenommen werden, d.h., dass eine Prüfung über alle Unternehmen nicht möglich ist. Er verweist in diesem Zusammenhang abschließend auf die Aufgaben des Finanzamtes, des Landesverwaltungsamtes und auf die Integration des Landesrechnungshofes.

Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, bestätigt die dargelegten Probleme aus der Sicht der Vergangenheit. Sie vertritt die Auffassung, dass in der Verwaltung und im Stadtrat bekannt sein muss, wo Probleme in Gesellschaften auftreten können. Zum Anliegen des Antrages legt sie dar, dass hiermit erreicht werden sollte, frühestmöglich bei Problemen in Gesellschaften entsprechende Signale zu erhalten, um ein rechtzeitiges Reagieren zu sichern. Sie hält mögliche Forderungen bzgl. Steuernachzahlungen für fatal für die Gesellschaften.

Der Oberbürgermeister und der Bürgermeister bestätigen abschließend, dass der Deutsche Städtetag die Entwicklung seit Jahren mit Sorge verfolgt, in der Stadt Magdeburg aber kein akuter Fall bekannt ist.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.2. Kurzbericht zum Stand der PwM per 30. September 2004  
Vorlage: I0321/04

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Der Beigeordnete I verweist auf die ausführlichen Information bezüglich der personalwirtschaftlichen Maßnahmen im Rahmen der Beratung des Haushaltsplanes und des Stellenplanes 2005. Im Ergebnis dieser Maßnahmen werden insgesamt 168 Vollzeitkräfte eingespart und bis zum Jahr 2009 wird die Gesamtsumme der Personalkosteneinsparung bei über 20 Mio Euro liegen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.3. Gemeinsames Projekt mit Magdeburger Unternehmen zur  
Entwicklung des Wirtschaftsstandortes  
Vorlage: I0401/04

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit (Bg III) Herr Dr. Puchta teil.

Einführend informiert der Oberbürgermeister über ein Gespräch am 24. 11. 2004 mit Vertretern der Wirtschaft, die sich an diesem Projekt beteiligen bzw. finanzielle Unterstützung leisten wollen. Zur Durchführung des Projektes wird eine Lenkungsgruppe unter Beteiligung des Stadtrates gebildet.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, gibt auf Grund der Neuzusammensetzung des Stadtrates die Anregung, zur Information des gesamten Stadtrates im I. Quartal 2005 eine Informationsveranstaltung unter Teilnahme der beteiligten Wirtschaftsbetriebe und Unternehmen durchzuführen.

Zur Nachfrage von Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, hinsichtlich der Beteiligung der GWM informiert der Oberbürgermeister, dass diese Gesellschaft die Geschäftsführung übernimmt.

Der Beigeordnete III macht Ausführungen zur Belastbarkeit des Projektes und zu Reaktionen aus der Wirtschaft und deren Beteiligung.

Ergänzend hierzu führt der Oberbürgermeister aus, dass die erforderlichen Mittel für die Durchführung des Projektes aufgebracht werden.

In der weiteren Diskussion nimmt Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, kritisch Bezug auf die Darstellung der Branchenstruktur (Veränderung der Beschäftigung in %) und legt seine Auffassung dar, dass er das Aufführen der Verwaltung in dieser Darstellung nicht für glücklich gewählt hält. Er bittet, die Darstellung entsprechend zu verändern.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, nimmt Bezug auf die Anlage – Stärkung der Wirtschaftskraft – und bringt seine Auffassung zum Ausdruck, dass die Formulierung des letzten Satzes im Absatz 4 (Seite 1) hinsichtlich der Festlegung, welche Branchen die besten Entwicklungschancen haben, zu Irritationen führen könnte.

Hierzu wird durch den Beigeordneten III dargelegt, dass es seitens der Stadt unter dem Aspekt der Clusterbildung klare Aussagen gibt, wo eine besondere Förderung vorgenommen werden sollte.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, rät von einer Formulierungsänderung ab. Er empfiehlt, der vorgezeichneten Linie konsequent zu folgen.

Abschließend sagt der Oberbürgermeister eine ausführliche Information zum Anfang des Jahres 2005 zu.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

## 6. Verschiedenes

---

### 6.1. Sporthalle Grundschule Lindenhof

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf die durch einen Brand zerstörte Sporthalle der Lindenhofschule und hinterfragt den Termin für den Beginn des Neuaufbaus.

Hierzu sagt der Oberbürgermeister eine umgehende Beantwortung im Ergebnis seiner Dienstberatung mit den Beigeordneten am 21. 12. 2004 zu.

### 6.2. Behindertengerechter Ausbau von Schulen

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, informiert über eine Anfrage an den Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch hinsichtlich Mehrkosten für den Bau einer Integrativen Schule im Vergleich zum behindertengerechten Ausbau einer normalen Schule und dessen Information, dass alle Schulen behindertengerecht ausgebaut werden sollen.

Diese Aussage wird durch den Oberbürgermeister mit Verweis auf die Position des Landes dahingehend bestätigt, dass die Verpflichtung zu einer behindertengerechten Sanierung aller Schulen besteht, um alle Schulen in die Lage zu versetzen, behinderte Kinder aufnehmen zu können.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, unterstreicht die Ausführungen des Oberbürgermeisters mit Hinweis auf die Position des Landesverwaltungsamtes.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzender

Schriftführer/in

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Stadträtin Jana Bork

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal

**Beratende Mitglieder**

Stadtrat Michael Stage

Stadträtin Regina Frömert

Stadtrat Thomas Kilian

Stadtrat Carsten Klein

**Abwesend**

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadträtin Beate Wübbenhorst

**Beratende Mitglieder**

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann